

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis: für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprechkabine Nummern 17 239 / Postfach Dresden Nr. 13 355, Emil Schlegel / Geschäftsleitung: Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: 17 239 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Geschäftsleitung: Wochentage nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamazeile anschließend an den dreigespaltenen Zeitenteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 1. April 1926 Nummer 77

An die Partei!

Genossen und Genossinnen!

Das von der Partei eingeleitete Volksbegehren gegen den Militärdenkmalbau der deutschen ehemaligen Fürsten ist mit einem gewaltigen Erfolg zum Abschluß gekommen. 125 Millionen haben sich für den Volksentscheid eingesetzt und damit der monarchistischen Reaktion in Deutschland eine entscheidende Niederlage bereitet.

Diese tolle Zahl ist der Ausdruck einer starken Mobilisierung der Arbeiterklasse, die gleichzeitig breite Schichten des Kleinbürgertums und der Bauern von ihrer bisherigen politischen Führung löste und in eine gemeinsame Kampffront mit dem Proletariat führte. Aus der von der Partei im November vergangenen Jahres trotz Sabotage der SPD-Führung und der Verwirrungsversuche und Gegenaktionen der Bourgeoisie eingeleiteten „Kommunistischen Parteiaktion“ wurde durch die politische Initiative und zähe und beharrliche organisatorische Kleinarbeit der Partei eine **breite elementare Massenbewegung**.

Die Partei kann mit Stolz auf die geleistete Arbeit und den erzielten Erfolg zurückblicken. Die Parteiorganisationen, die in die kleinlichen Einheiten, haben durch ihre unermüdete Agitation und Propaganda die Kräfte des Proletariats mobilisiert, den Kampf- und Machtbewußtsein der Arbeiterklasse geschärft und gefestigt. Nur durch das unerschöpfliche Ausmaß und durch die Initiative der Partei war es möglich, sowohl die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, wie auch große Massen des Mittelstandes und der ländlichen Bevölkerung trotz der Gegenaktion der gesamten Bourgeoisie und des Terrors der Reaktion in die Front gegen die Fürstentümer einzuziehen.

Mit der Partei gemeinsam haben der Rote Frontkämpferbund, der Rote Jungsturm und der Rote Frauen- und Mädchenbund ihre ganzen Kräfte in den Dienst dieser Bewegung gestellt und zu dem großen Erfolg beigetragen.

Seit gilt es, die Erfahrungen und die Ergebnisse des ersten Kampfabschnittes für die Partei und die Arbeiterklasse anzuwerten.

Die Partei steht vor neuen großen und schweren Aufgaben. Die siegreiche Durchführung des Volksentscheides erfordert 20 Millionen Stimmen. Die Bourgeoisie entfaltet bereits eine starke Propaganda gegen den Volksentscheid. Die monarchistische Lutherregierung versucht, den Termin des Volksentscheides auf Monate hinauszuschieben, um der Reaktion Zeit zu geben, sich von ihrer Niederlage zu erholen und neue Kräfte zu sammeln.

Diese Versuche müssen scheitern an dem Widerstand der 125 Millionen Werktätigen in Stadt und Land, die sich für die entschuldigungslosige Enteignung der Fürsten eingesetzt haben.

10 Millionen — sondern

25 Millionen für den Volksentscheid

muss das Ziel sein, das sich die Partei stellt. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn allorts der Kampf für den Volksentscheid politisch und organisatorisch gemeinsam von allen Organisationsformen der Arbeiterklasse geführt wird.

Bildung von Einheitskomitees

In jedem Betrieb, in jeder Werkstatt ist die unerlässliche Voraussetzung dafür, die Kampagne für das Volksbegehren hat bereits gezeigt, daß überall dort, wo trotz der Sabotage der SPD-Führer Einheitskomitees gebildet wurden, die Beteiligung an den Eintragungen viel stärker war, als in den Orten, wo keine Einheitskomitees zustandekamen. Diese Erfahrung muß ausgenutzt werden, um die Sabotage der SPD- und ADGB-Führer endgültig zu brechen.

Darüber hinaus muß die Partei es verstehen, die Einheiten der Landesbewegung, die sich im Kampfe gegen den Fürstentumbau von der Führung der reaktionären Parteien gelöst haben, durch eine unermüdete ideologische Aufklärungsarbeit fest an die Seite des Industriepro-

letariats zu binden. Zwischen den Ausgebeuteten in Stadt und Land, zwischen dem Bauern und Landarbeiter und dem Industrieproletariat in Betrieb und Werkstatt muß eine feste Verbindung geschaffen werden.

Der Wille zur Einheit, der in der Kampagne für das Volksbegehren zum Ausdruck gekommen ist, muß gefördert und gefestigt werden und zu einem festen **Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern** führen.

Gleichzeitig muß die Partei durch eine, auf lange Sicht eingestellte **Propaganda unter den Mittelschichten** die wachsenden Sympathien der Kleinbürgerlichen Schichten, der Handwerker, Beamten und Angestellten für die Partei stärken und festigen.

Diese Aufgaben wird die Partei nur dann erfüllen können, wenn sie zunächst ihre eigenen Reihen festigt und verstärkt. Neben der ideologischen Durchdringung und Schärfung der gesamten Parteimitgliedschaft muß eine breite **Werbekampagne für Partei und Presse** durchgeführt werden.

Hunderttausend neue Mitglieder für die Partei und zweihunderttausend neue Leser für die kommunistische Presse ist das Ziel, das sich die Partei jetzt stellen muß.

Mit aller Kraft gilt es jetzt, die Reorganisation der Partei auf der Grundlage der Parteiprogramme zu beenden. Vor allem müssen die Positionen der Partei in den großen und lebenswichtigen Betrieben verstärkt werden. Die Betriebszellen müssen zu den Trägern der Parteiarbeit werden und die Hauptarbeit in den Parteikampagnen leisten.

Das Zentralkomitee ruft der gesamten Mitgliedschaft erneut den Beschluß des letzten Parteitages zur Gewerkschaftsfrage in Erinnerung:

75 Prozent der Parteiarbeit muß Gewerkschaftsarbeit sein!

Das heißt:

Jeder Parteigenosse muß ein aktiver Funktionär der Gewerkschaften sein. Er muß sich mit den Fragen des Gewerkschaftskampfes befassen. Er muß in jeder Situation den Arbeitermassen den richtigen Weg zeigen und an ihrer Spitze kämpfen.

10 Millionen Mitglieder in die freien Gewerkschaften und deren Mobilisierung zum Kampf! Das ist das Ziel unserer Arbeit für die Gewerkschaften!

Parteiorganen und Genossinnen!

Jetzt gilt es, alle Kräfte der Partei zusammenzureihen, das Kraft- und Machtbewußtsein der Arbeiterklasse weiter zu fördern und zu festigen. Der Kampf für den siegreichen Volksentscheid, der Kampf für die Auflösung des Reichstages und den Sturz der Lutherregierung, der Kampf für die Forderungen der Millionen Erwerbslosen, der Kampf für die Sicherung der Existenz der Werktätigen in Stadt und Land, der Kampf gegen die Klassenjustiz, für die Befreiung der proletarischen Gefangenen kann nur von einer gestählten und innerlich einheitslichen revolutionären Massenorganisation siegreich durchgeführt werden.

Die Partei ruft auch zu neuer Arbeit! Die Partei wird neue Erfolge in der Mobilisierung der Massen, in der Aktivierung der Arbeiterklasse, in der Stärkung und Festigung ihrer eigenen Reihen erzielen, wenn jedes Parteimitglied seine revolutionäre Pflicht erfüllt.

Es lebe die Einheitsfront des Klassenbewußten Proletariats!
Es lebe das Bündnis der Werktätigen in Stadt und Land!
Es lebe die siegreiche kommunistische Partei Deutschlands!

Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD.

Berlin, den 1. April 1926.

Massenentscheid gegen Landtag und Heilt-Regierung

Gestern tagten im Sächsischen Landtag die Landeskonferenzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens. Von den Abgeordneten waren anwesend Artz, Liebmann und Edel. Während der Tagung hat der Landesvorstand der kommunistischen Partei Sachsens dem Landesvorsitzenden der SPD, dem Abgeordneten Artz, ein Schreiben der kommunistischen Partei überreicht.

In dem die SPD. zur gemeinsamen Einleitung eines Volksentscheides gegen die reaktionäre Heilt-Regierung und den Landtag aufgefordert wird.

Das Schreiben rief bei den Landeskonferenzen der SPD, einige Ablehnung hervor. Artz versprach, dem Landesvorstand der KPD, bald Antwort zu erteilen. Die KPD. ersuchte die Landeskonferenz der SPD, um Beschlüßfassung noch in der stattfindenden Sitzung.

Ein Jahr Arbeit und Kampf

Heute ist es ein Jahr, seitdem in Ostfachsen die „Arbeiterstimme“ als selbständiges Organ der kommunistischen Partei des Bezirks Ostfachsen erschien. Trotz der schweren wirtschaftlichen Lage unternahm es die ostfachsische Parteigenossen, an die Herausgabe eines eigenen Blattes zur Unterstützung des revolutionären Kampfes der Partei heranzugehen. Eine große Menge Schwierigkeiten waren zu überwinden. Die Sabotage und Hetze letzte von allen Seiten ein. Schon kurz nach dem Erscheinen, am 15. Mai 1925, wurde die Zeitung auf Veranlassung des sozialdemokratischen Parteipräsidenten Kühn wegen Verletzung des Reichspräsidenten Hindenburg auf vier Wochen verboten. Das junge Organ sollte damit in seinem Bestand schwer getroffen werden. Nach langwierigen Verhandlungen gelang es, das Verbot auf 14 Tage zu beschränken. Die Verfolgungen der Polizei und Staatsanwaltschaft haben sich aber nicht nachgelassen. Weit über ein Duzend Strafverfahren sind bisher die Antwort der Reaktion auf den ununterbrochenen, mutigen Kampf der „Arbeiterstimme“ für die Rechte der arbeitenden Klasse. Gleich mit ihrem Erscheinen trat die „Arbeiterstimme“ in den Kampf um die Präsidentenwahl des Deutschen Reiches ein. Mit aller Energie verfocht die „Arbeiterstimme“ die Interessen der Arbeiter gegen den General Hindenburg und den den Arbeitern von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Zentrums-kandidaten Katz. Ununterbrochen kämpfte dabei die „Arbeiterstimme“ um die Einheit des Proletariats. Mit aller Kraft wurde und wird für die internationale Einheit der Gewerkschaften geworben. Die Lügenhefte und Verleumdungen gegen Ruhland wurden niedergelämpft. Stärkste Unterstützung wurde den von den breiten Massen gewählten Kandidaten gegeben. Durch die Herausgabe besonderer Nummern wurden die Studienfahrten und die Berichte der Kandidaten den Arbeitern bekanntgemacht. Im Kampfe gegen Dawes- und Locarno-Schwindel sorgte die „Arbeiterstimme“ für die Aufklärung der Massen und die Vorkämpfung der pazifistischen Illusionen. Sie enthielt den Schwindel des Baltharbes und die Kriegspläne gegen Sowjetrußland. Der heldenhafte Kampf der Kolonialvölker gegen die Unterdrücker fand die weiteste Unterstützung. Ununterbrochen lief die „Arbeiterstimme“ die deutschen Arbeiter zur Solidarität mit den um ihre Befreiung ringenden Kolonialvölkern auf. Im Kampf um die Amnestie der politischen Gefangenen, im Kampf gegen die Klassenjustiz und die Gefängnisbarriere stand die „Arbeiterstimme“ mit an erster Stelle.

In den speziell sächsischen Fragen führten wir einen unermüdeten Kampf gegen die Bürgerblock-Heilt-Regierung, gegen die 23 sozialdemokratischen Renegaten und Verräter. Wir kämpften um die Einheitsfront der Arbeiter, wir forderten die linken sozialdemokratischen Arbeiter ununterbrochen zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Reaktion auf. Wir führen auch heute den Kampf mit aller Entschiedenheit weiter. Mit aller Kraft wenden wir uns gegen die arbeitersindlichen Maßnahmen der Regierung Heilt. Die „Arbeiterstimme“ hatte und hat die Führung im Kampf gegen die geplanten Massenbefestigungen der Arbeiter durch die sächsische Koalitionsregierung. Unsere Aufgabe ist es, den Gedanken des Klassenkampfes in immer breiteren Arbeitermassen zu entfachen und lebendig werden zu lassen. Mit härtester Kritik wenden wir der Habsheit und Laune der linken sozialdemokratischen Führerschaft entgegen. Wir kämpfen um die Aufstellung der gesamten Proletariatsmassen, um ihre Loslösung von den Illusionen der Klassenharmonie und der Arbeitsgemeinschaft. Auf-rüttelnd trommelte die „Arbeiterstimme“ die Massen zum Kampf gegen das raubgierige Fürstentum zum Volksbegehren heraus.

Es ist ein Jahr Arbeit liegt hinter uns. Wir hatten einen schweren Kampf gegen Trübsion, Unaufmerksamkeit und Gleichgültigkeit zu bestehen. Allein steht die „Arbeiterstimme“ gegen die große Anzahl der jahrgewöhnlichen-bürgerlichen Zeitungen und der ebenfalls auf mehrere

Gummiknüttel gegen Erwerbslose!

Brutale Polizeiangriffe

Kassel, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag fanden in Kassel große Erwerbslosendemonstrationen statt. Die Erwerbslosen forderten 50 Mark Wirtschaftsbeihilfe. Die Stadtverwaltung lehnte die kommunistische Stadtparlamen-tarfraktion ebenfalls diese Forderung ab. Die Forderung wurde von den Demonstranten bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt. Daraufhin entstand unter den Erwerbslosen eine große Empörung. Die Schutzpolizei schlug mit Gummiknütteln auf die demonstrierenden Erwerbslosen ein und verletzte dabei 17 Personen, darunter Frauen und Kinder. Gestern hatte die Erwerbslosen auf Frauen und Kinder. Gestern hatte die Erwerbslosen ebenfalls zur Demonstration aufgerufen. Am Morgen aber erschien an den Platätzen ein Anschlag des Polizeipräsidenten, daß Demonstrationen und Vers-

ammlungen unter freiem Himmel verboten seien. Nach einer öffentlichen Verlammlung auf dem Hofe des Arbeitsnachweises gingen die Erwerbslosen auf den Bürgersteigen in den Straßen spazieren. Die Schutzpolizei nahm das zum Anlaß, wieder mit Gummiknütteln gegen die Erwerbslosen vorzugehen. Zahlreiche Arbeiter, Frauen und Kinder wurden mit den Gummiknütteln geschlagen und verletzt.

Sozialdemokraten für Steuerraub auch in Frankreich

Paris, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Kamerfraktion hat mit 29 gegen 11 Stimmen bei der Annahmehet von kaum der Hälfte der Fraktion beschlossen, die Regierung Briand durch Stimmenthaltung zu kränken. Damit ist eine Mehrheit für den schändlichen Steuerraub der Regierung Briand an den werktätigen Massen Frankreichs geschaffen.